

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Nicolaistraße 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnte, Fünftelle 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührenzahlung auf Postkonto Alfred Kiebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

## Der Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Ergebnislosigkeit des Ankurbelungsprogramms der Regierung von Papen. Forderungen der Gewerkschaften.

Der Reichswehrminister von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich geholt. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die dringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat Johann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister lautet:

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wunsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungs-Prämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unzugänglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfassten Betrieben, die vorher 191 689 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Überzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuer-gutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverzweigten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Verkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitseinstellungen fanden

in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig verlagert hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

	in Fällen	für Beschäftigte
blieb die Arbeitszeit unverändert	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verlängert	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt	165	45 959

Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kredit schöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern verfehlt, als es eine stützende Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuergutscheine verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungsstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/4 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden;

die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden;

jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben.“

### Ein neuer Kanzler.

Am 2. Dezember 1932 hat v. Hindenburg den General Schleicher zum Reichskanzler ernannt und mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Damit ist der wochenlange Zustand politischen Rästelratens wieder einmal für einige Zeit bebohen. Große Veränderungen in der Besetzung des Kabinetts dürften kaum erfolgen. Außer dem bisherigen Reichskanzler dürften die Herren v. Gayl und Schäfer auf der Strecke bleiben.

Hitler ist auch diesmal nicht drangekommen. Nach verärgerten Äußerungen seiner Presse will er auch zum Kabinett Schleicher in schärfer Abwehr beharren. An Bemühungen, eine Verständigung herbeizuführen, hat es nicht gefehlt. Das ursprünglich von Hindenburg gemachte Anerbieten für Bildung einer auf parlamentarischer Mehrheit beruhenden Regierung hat er abgelehnt und seinerseits vorgeschlagen, Hindenburg möge ihn mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen.

Der Reichspräsident hat dies abgelehnt. Das Schreiben, das diese Ablehnung enthält, ist besonders deswegen von allgemeinem Interesse, weil es die Auffassung Hindenburgs über den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung wie folgt wiedergibt:

„1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Verlangen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmassnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht keine Machtvollkommenheit also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Eine parlamentarische Regierung muß aber Gesetzenwürde vor dem Infratreten den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung und Genehmigung vorlegen. Sie bezieht ihre Machtvollkommenheit also ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten sein kann.“

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zulammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von den Führern einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat.

Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fördernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.“

Herr v. Papen war kein „Parteiführer“. Die Zentrumsparlei hatte sich von ihm getrennt. Auch Herr v. Schleicher ist nicht mit einer bestimmten Partei liiert. Er besitzt das Vertrauen des Reichspräsidenten, und der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: „Ein Kabinett Schleicher ist vorläufig auch ein reines Präsidialkabinett. Auch ihm gilt einstweilen die eindeutige Abgabe und Gegnerschaft Hitlers“. Die Kreise, die hinter dem neuen Kabinett stehen, haben das größte Interesse daran, Hitler zur Verantwortung in die neue Regierung heranzuziehen. Auch rechnet man damit, daß für eine Regierung auf dieser Basis endlich auch im Reichstag ein Rückhalt entstehen könnte. Schließlich sollen die großen finanziellen Opfer, die von der dünnen Oberschicht, die Deutschland beherrscht, für Hitlers Bewegung gespendet wurden, sich auch wieder einmal bezahlt machen.

Die Ernennung Schleichers stellt keine Lösung auf lange Sicht dar. Schleicher hat nicht nur den ganzen Papen-Nachlass als Ballast mitzuschleppen, er wird, wie es bei der Zusammenlegung seines Kabinetts nicht anders zu erwarten ist, in breiten Volkskreisen auf Mißtrauen und Widerstand stoßen. Die Reaktion wird weiter bemüht sein, das Steuer nach rechts zu drehen. Dabei ist ihr vor allem die Verfassung im Wege. Schrieb doch kürzlich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Je besser es dem deutschen Volke allmählich auch nur wirtschaftlich geht, desto geringer wird die politische Bereitschaft werden, sich einer starken diktatorischen Regierung zeitweise zu unterwerfen. Je eifriger wir unter Verwendung aus dem Monde geholtter Leisige über Autorität und Diktatur reden, desto geringer wird ihre Erfolgsmöglichkeit praktisch werden. Die Geschichte der letzten Wochen ist reich an verärgerten Gelegenheiten. Wir können uns gewiß einen Vers darauf machen; aber keine Ewigkeit bringt sie zurück.“

Die freien Gewerkschaften haben bereits am 29. November der Reichsregierung ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen eingereicht und begründet. Gerade in diesen Tagen, da andere Kreise glauben ein neues System bauen zu sollen, müssen die Gewerkschaften das stärkste Willenszentrum unferes so hart bedrängten Volkes darstellen. Sie sind der stärkste Schutzwall gegen jede Reaktion und Wegbereiter für eine bessere Zukunft. Die Aufgabe eines jeden aufgeklärten Kollegen muß es sein, diesen Schutzwall auszubauen und zu festigen.

### Wer trägt in Deutschland die Steuerlast?

Die Ausgaben des Reiches wurden zwar in der Krise gedrosselt, sie sanken trotzdem langsamer als das Volkseinkommen. Zurzeit wird mindestens ein Drittel des Volkseinkommens in Form von Steuern an das Reich abgeführt. Wer trägt diese gewaltigen Steuern? Neuerdings stellt eine aufschlußreiche Untersuchung in der Zeitschrift „Wirtschaftsdiene“ (Heft 46) von Dr. Herbert Broß ausdrücklich fest, daß heute „die finanziellen Lasten der deutschen Finanzpolitik die Masse trägt“ und daß „die direkte Besteuerung gegenwärtig mehr und mehr zur Massenbesteuerung umgebildet ist“. Bezeichnend für diese Tatsache ist die gewaltige Steigerung des Anteils der Verbrauchssteuern an den Steuereinnahmen des Reiches. Ihr Anteil betrug im ersten Halbjahr 1931 35 Proz., im ersten Halbjahr 1932 ist er auf 40,9 Proz. gestiegen. Diese Verbrauchssteuern belasten zudem den unentbehrlichen Lebensbedarf und auch den Luxuskonsum der Massen, verschonen jedoch weitgehend den Konsum der Reichen. So wird z. B. in der erwähnten Arbeit aufgeführt, daß allein die Besteuerung der teuren Weinarten Mehreinnahmen von 50 Millionen Reichsmark bringen könnte. Die Umsatzsteuer, die in letzter Zeit von 0,85 auf 2 Proz. erhöht wurde, trägt gegenwärtig infolge der gleichzeitigen Einführung einer Ausgleichsteuer auf eingeführte Waren den Charakter einer ausgesprochenen Verbrauchssteuer. Der Anteil der Umsatz- und Transportsteuern an den Steuereinnahmen des Reiches stieg von 16 Proz. im ersten Halbjahr 1931 auf 22,1 Proz. im ersten Halbjahr 1932. Umsatz- und Verbrauchssteuern lieferten im laufenden Jahr 63 Proz. der Staatseinnahmen. Was dann noch an Staatseinnahmen übrigblieb, wurde überwiegend aus der Lohnsteuer und der Gehaltssteuer auf kleine Einkommen geliefert. Lohnsteuer und Krisenlohnsteuer zusammengenommen brachten im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1931 nur 127 Millionen Mark weniger. Demgegenüber ist die auf Grund von Steuererklärungen veranlagte Einkommensteuer einschließlich des Krisenzuschlags von 464 Millionen auf 281 Millionen Mark, d. h. um über 40 Proz., zusammengebrochen. Die Realsteuern wurden abgebaut, die höheren und die hohen Einkommen blieben steuerlich weiter geschont. Der Bezahler eines Einkommens von 8000 Mk. wird z. B. zum gleichen Steuerfuß herangezogen wie ein solcher von 4000 Mk., obwohl bei der in der Krise eingetretenen allgemeinen Einkommenskrumpfung der Unterschied der Steuerkraft eines Einkommensbelegers mit 4000 Mk. Jahreseinkommen und eines andern mit 8000 Mk. noch viel größer ist als zuvor. Bezeichnend für diese massenfeindliche Steuerpolitik ist auch die Erhöhung der Mineralölsteuern und die gleichzeitige Senkung der Ausgleichsteuer auf inländische Mineralöle. Wird jetzt von der Sozialdemokratie die Wiederherstellung der früheren sozialen Leistungen gefordert, so kann diese Forderung auch mit dem Hinweis unterstützt werden, daß auch die Staatseinnahmen fast in ihrer Gesamtheit von den Arbeitnehmern stammen. Diese Tatsache ist aber auch die Forderung rechtfertigt, den Besitz stärker als bisher zu belasten und ihm zur Befreiung der dringenden sozialen Aufwendungen Kosten aufzuerlegen.

### Arbeitsbeschaffung!

I.

Die Erhebung des ADGB drängt zu einer Reihe von Schlußfolgerungen. Sie zeigt, wie eng der Kreis der Betriebe ist, deren Leiter von den durch die Notverordnung vom 5. September geschaffenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben. Unter vielen zehntausenden von Betrieben im Reich haben nur 943 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vorgenommen und ihre Belegschaft, die vorher 191 669 Arbeitskräfte zählte, um weitere 42 218 Arbeiter vermehrt.

Das Versagen des Anreizsystems der Prämien-Steuerzuschüsse wird noch mehr durch die Verteilung der Neueinstellungen auf einzelne Industriezweige ebenso wie durch die Gliederung der Neueinstellungen nach Alter und Geschlecht unterstrichen. Von der Notverordnung versuchten — auf Kosten der Arbeiterschaft und der Steuerzahler — diejenigen Industrien zu profitieren, die aus besonderen Gründen (Konjunktur, öffentliche Aufträge, Saison) sowieso neue Arbeitskräfte einstellen mußten! Dabei haben sie die Einstellung von billigen weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften der gleichmäßigen Erweiterung ihrer Belegschaft vorgezogen.

Das System des Anreizes funktioniert einfach nicht. Solange den Betrieben kein Abzug für die zusätzlich erzeugten Waren gesichert ist, können sie ihre Produktion nicht erweitern. Der für die Prämien bei den Neueinstellungen in Aussicht gestellte Fonds von 700 Millionen kann auf diese Weise in absehbarer Zeit nicht verwertet werden. Daraus ergibt sich die Forderung der Gewerkschaften, den freibleibenden Betrag dieses Fonds unverzüglich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

II.

Das durch die Verordnung vom 5. September geschaffene System des Tarifbruches hat ebenfalls versagt. Viele Betriebsleiter schämten sich, es anzuwenden. Von 943 Fällen, in denen die Unternehmer versucht haben, die Löhne auf Grund der Notverordnung zu kürzen, konnte ihr Versuch in 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten durch die Belegschaft abgewehrt werden, in den übrigen 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten wurden die Löhne für die 31. bis 40. Stunde gekürzt. Das vollständige Durcheinander, das in dieser Hinsicht in den einzelnen Industriezweigen herrscht, zeigt, wie wenig Anhang dieses System gefunden hat. Es hat die ganze Wirtschaft in Beunruhigung versetzt, um einem Häuflein von Arbeitgebern — die kaum die tüchtigsten im Reich sind — eine neue Lohnerparnis zu ermöglichen. Dieses Ergebnis begründet unsere Forderung: Die Notverordnung vom 5. September sowie ihre Ergänzung vom 14. September sind außer Kraft zu setzen.

III.

Nicht minder kläglich ist das Anreizsystem in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durchgefallen. Die Notverordnung wollte die Arbeitgeber durch die Prämien zum Uebergang zur Vierzigstundenswoche anreizen und auf diese Weise den Zwang der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitswoche vermeiden. Die Erhebung des ADGB zeigt aber, daß in den Betrieben, die von der Notverordnung vom 5. September Gebrauch gemacht haben, die Arbeitszeit in größerem Umfang verlängert als verkürzt worden ist: In 250 Betrieben mit 58 117 Beschäftigten, die die Arbeitszeit verlängert haben, stehen nur 165 Betriebe mit 45 959 Beschäftigten gegenüber, in denen die Arbeitszeit gekürzt worden ist. Diese Ergebnisse werden übrigens von der gewerkschaftlichen Kurzarbeitsstatistik sowie von der Industriebereitschaft des Instituts für Konjunkturforschung bestätigt; bei der ungeheuren Massenarbeitslosigkeit wird in der letzten Zeit in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit verlängert, vielfach werden sogar Ueberstunden eingeführt. Mit dem Spiel des Anreizes zur Arbeitszeitverkürzung ist Schluß zu machen. Die Vierzigstundenswoche muß unverzüglich gesetzlich durchgeführt werden.

IV.

Diesen drei Feststellungen, die ausreichend die Forderungen der Gewerkschaften begründen, gefügt sich eine vierte Feststellung, die nicht unmittelbar auf den Ergebnissen unserer Erhebung beruht, aber im engsten Zusammenhang mit diesen steht.

Der verschwindend geringe Umfang der Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vom 5. September ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das System der Steuerzuschüsse die bekannten praktischen Versprechungen des Reichsanwalters von Papen nicht gerechtfertigt hat. Dieses System hat sich infolgedessen bemüht, als es bemerkt hat, daß eine öffentliche Kredithöpfung in vorsichtig gesetzten Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist. Es hat aber infolgedessen verlagert, als die ausgegebenen Steuerzuschüsse keine fühlbare Erweiterung der Produktion und Beschäftigung gerechtfertigt haben. Die Steuerzuschüsse drängen nur sehr

langsam in die Volkswirtschaft. Ihr größter Teil verwandelt sich weber in Kapital noch in Kaufkraft auf dem Verbrauchsgütermarkt und bleibt in den Händen der Privaten als Steuermittel für die Zukunft. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, das System der Steuerzuschüsse auf die Weise umzugestalten, daß es eine Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten schafft. Nur die Verwertung der Steuerzuschüsse für die Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften verpricht eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.

Die bisherige Verwendung der 2,2 Milliarden Mark an Steuerzuschüssen stellte im wesentlichen eine Vergeudung des zukünftigen Volkseinkommens dar. Die Aktion muß auf diese Weise umgebogen werden, daß der noch frei zu machende Betrag — in der Größenordnung von etwa 1½ Milliarden Mark — wirklich produktiv verwertet wird. Mit diesem Betrage kann etwa eine Million Arbeitslose unverzüglich wiederbeschäftigt werden.

### Ein Blick hinter die Kulissen.

Ein unentbehrliches Requisite der Agitation der Reaktionskräfte aller Schattierungen einschließlich der Nationalsozialisten besteht darin, daß sie die freien Gewerkschaften und ihre Lohnpolitik für das gegenwärtige Elend Deutschlands verantwortlich machen und die Krise als eine Folge des „marxistischen Systems“ hinstellen. Als Beweisführung für diese Behauptung wird gewöhnlich die große Anzahl der Betriebszusammenbrüche angeführt.

Weider ist es nicht immer möglich, den tatsächlichen Ursachen vieler derartiger Zusammenbrüche nachzugehen. Einen besonders traurigen Wirtschaftskrisenfall schildert die „Tribüne“ an Hand einer Gerichtsverhandlung gegen die Direktoren Kurt und Willy Opel der Kindermotorenfabrik Opel u. Kühne A.-G. in Zeitz. Dieser Betrieb beschäftigte in den letzten Jahren durchschnittlich 300 Arbeitskräfte, darunter etwa 50 Sattler und Sattlerinnen.

Das Unternehmen muß riesige Gewinne gemacht haben, denn im Juni 1928 schloß der Aufsichtsratsvorsitzende mit den beiden Direktoren Kurt und Willy Opel einen Vertrag, der diesen je 20 000 Mk. Jahresgehalt zuspricht, dazu 4000 Mk. Aufwandsentschädigung, 12 000 Mk. Mindestentlohnung und 1000 Mk. Heizungskosten und verschiedene andere Kleinigkeiten. Zusammen sind das pro Mann mindestens 40 000 Mk. Wohlgehemmt, bei etwa 300 Arbeitern und in der Kleinstadt Zeitz. Damit konnten die Opels aber nicht auskommen. Wie sie sich das fehlende Geld verschafft haben, das soll uns das Amtsgericht Zeitz erzählen.

Im Mai 1932 beantragte die Gesellschaft die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens. Das Amtsgericht Zeitz lehnte diesen Antrag ab, da die Brüder Opel die Zahlungsschwierigkeiten selbst in verbesserlicher Weise herbeigeführt haben. Kurt Opel — heißt es in dem Gerichtsbeschluss — hat „in den Büchern der Firma vier Arbeiter, die überhaupt nicht existieren, zu höchsten Fabrikarbeiterlöhnen führen lassen, deren Lohn an sich genommen und die A.-G. so im Jahre 1928 um 13 505 Mk. und die Firma sonst in den vorhergehenden Jahren um weitere 35 200 Mk. vorzüglich geschädigt“. Er hat ferner Arbeiter der Firma beim Umbau seiner Villa auf Kosten der Gesellschaft beschäftigt und große Warenlieferungen für seinen Haushalt auf Konto des Betriebs verbucht. Dafür ist er an Stelle einer an sich verdienten Gefängnisstrafe von 80 Tagen zu 4500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden.“

Auch Willy Opel hat sich allerhand geleistet. Er hat beim Bau seiner Wochenendvilla zahlreiche Betriebsarbeiter auf Kosten der Firma beschäftigt. Dieses Haus hat die Kleinigkeit von rund 60 000 Mk. gekostet und ist zu einer Zeit gebaut worden, als die Gesellschaft bereits mit Verlust arbeitete. Aus dem Gerichtsbeschluss geht hervor, daß Willy Opel am 16. März 1932 wegen Verleitung zum Meineid zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist; ob diese Sache mit den Betrügereien zusammenhängt, ist aus den Konfessionsakten nicht zu ersehen, es ist aber sehr wahrscheinlich.

Zur Abrundung des Bildes dieser „Wirtschaftsführer“ sei aus dem Gerichtsbeschluss noch erwähnt, daß die Opels noch im letzten Jahr große Autoreifen durch das Inland, durch die Schweiz und Italien gemacht haben, wobei in den teuersten Hotels abgeblieben wurde; die Unterhaltungskosten des Autos trug selbstverständlich die Gesellschaft. Diese befand sich damals bereits in Geldschwierigkeiten. Nur für die Direktoren und ihren Anhang war Geld genug da.

„Anpassung des Tarifvertrags an die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse“ forderte der Reichsarbeitsminister Schäffer von den Arbeitern. Vielleicht empfiehlt man den Wirtschaftsoptimisten von derselben Stelle aus einmal Anpassung ihrer persönlichen Bedürfnisse an die Notlage des Deutschen Volkes. Oder legt Herr Schäffer jodel Patriotismus nur bei der Arbeiterschaft voraus?

### Wo bleiben die Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit?

Das Reichsarbeitsblatt — Heft 33, Jahrgang 1932 II — bringt eine Arbeit des Herrn Dr. Hans Eggers, Berlin, über „Das Berufsschicksal von Handwerkslehrlingen nach Beendigung der Lehre“. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt a. M. hat es unternommen, durch eine statistische Untersuchung zur Klärung dieser wichtigen Frage beizutragen. Der Umstand, daß junge Leute sich jahrelang auf ein bestimmtes Handwerk vorbereiten, um nach beendeter Lehrzeit die erworbenen Kenntnisse nicht verwerten zu können, führt zu einer Abnahme des Lehrlingsangebots für den betreffenden Beruf. Die zunehmende Technisierung der Produktion hat zur Folge, daß in Zukunft nur noch ein Bruchteil der bisherigen Zahl von ausgebildeten Handwerkern benötigt werden wird.

Der erste Teil der Untersuchung erstreckte sich darauf, wie sich das Berufsschicksal des Handwerkslehrlings unmittelbar im Anschluß an die Lehrzeit gestaltet hat. Von den untersuchten 314 Einzelfällen sind ein Drittel aller Lehrlinge innerhalb eines Monats nach Beendigung der Lehrzeit aus der Arbeit bei dem Lehrherrn aus. 18 Proz. hatten 6 bis 12 Monate und 26 Proz. länger als ein Jahr über diesen Termin hinaus beim Lehrherrn gearbeitet. Im unmittelbaren Anschluß an die Lehrzeit fanden 83 Proz. zunächst noch in dem erlernten Handwerk Beschäftigung. 16 Proz. wurden zugleich arbeitslos oder gingen auf Wanderschaft, nur drei Personen wechselten sofort den Beruf. Teilt man das Untersuchungsmaterial nach Entlassungsjahrgängen auf, so zeigt sich, daß der Anteil der sofort entlassenen Lehrlinge zwischen 21 Proz. im Jahre 1926 und 48 Proz. im Jahre 1931 bewegt, das heißt, daß in diesem Jahr jeder zweite Lehrling mit Beendigung der Lehre die Lehrstelle verläßt. Gänger als ein halbes Jahr sind in der Lehrstelle verblieben vom

Jahrgang 1926	55 Proz.
1929	58
1930	38
1931	37

51 Proz. aller Lehrlinge haben im Anschluß an die Lehrzeit in ihrem Beruf Beschäftigung gefunden, bis die ersten Unterbrechungen infolge von Arbeitslosigkeit oder offenbar durch Arbeitsmangel verurteilte Wanderschaft eintrat. Der Anteil der über ein halbes Jahr in Arbeit Gebliebenen liegt zwischen 81 Proz. beim Jahrgang 1927 und 48 Proz. beim Jahrgang 1931.

Im zweiten Teil der Untersuchung wurde festgestellt, wie die Berufsverhältnisse der 314 Ausgelernten am Ende der Beobachtungszeit waren. In ihrem Beruf gearbeitet haben im Zeitpunkt der Erhebung 29 Proz., in einem fremden Beruf waren tätig 6 Proz. und arbeitslos 65 Proz. Von den Gruppen der im erlernten Handwerk tätigen Personen standen 65 Proz. schon über ein Jahr und 34 Proz. länger als zwei Jahre in Arbeit. Diese Tatsache in Verbindung mit dem Umstand, daß bei der Gruppe der im Zeitpunkt der Erhebung arbeitslos Gewesenen die langfristig Arbeitslosen stark überwiegen, scheint zu der Vermutung zu berechtigen, daß ein Stamm von Handwerkern vorhanden ist, der die wenigen noch vorhandenen Arbeitsplätze mit einer gewissen Beständigkeit und Ausschließlichkeit besetzt, daß eine zweite Gruppe bei zeitweilen Anwachsen des Arbeitsvolumens für vorübergehende Zeit eintritt, und eine dritte Gruppe überhaupt nicht mehr an die Arbeit herankommt.

Errechnet man, welche durchschnittliche Gesamt-arbeitszeit die sämtlichen Mitglieder der einzelnen Jahrgänge zur Verfügung gehabt hätten, und welcher Prozentsatz davon aus Zeiten von Arbeitslosigkeit, Wanderschaft oder Arbeit in fremden Berufen verlorengegangen ist, so ergibt sich ein Verlust für den

Jahrgang 1925	von 15 Proz.
1926	23
1927	29
1928	35
1929	46
1930	50
1931	52

Von den 314 Ausgelernten haben im Laufe ihres Berufslebens 60 Personen aus allen Gewerben durchschnittlich je acht Monate in einem fremden Beruf gearbeitet. Immer handelt es sich um einen beruflichen Abstieg. Bei 104 Einzelfällen fremder Berufsarbeit finden sich nur vier Fälle von Arbeit in der Handwerksbranche.

Diese Erhebung zeigt, daß zur Zeit die Berufsaussichten der Handwerkslehrlinge sehr ungünstig liegen, und daß es für die ausgebildeten Lehrlinge immer schwieriger wird, im erlernten Beruf Beschäftigung zu finden. Für unseren Verband liegen Statistiken auf diesem Gebiet nicht vor. Vor einigen Jahren haben die Kollegen Steiner, Leipzig, und Schäfer, Köln, örtliche Erhebungen vorgenommen, um festzustellen, wo die Lehrlinge der unserem Verband angeschlossenen Berufe nach Beendigung der Lehre bleiben. Diese Erhebungen sind unseres Wissens nicht

fortgesetzt worden. Soweit ein Ergebnis vorlag, war zu ersehen, daß, bedingt durch die außerordentlich große Arbeitslosigkeit in unseren Reihen, die Arbeitslosigkeit unserer Jungkollegen weit über den Reichsdurchschnitt aller Gewerbe zu liegen kommt.

### Verdrängung deutscher Lederwaren im Ausland.

Die von der Papen-Regierung in den letzten Monaten betriebene verfehlte Handelspolitik führt dazu, daß die Beschäftigung von mehreren Millionen Industriearbeitern in Deutschland, die bisher noch für die Ausfuhr arbeiteten, auf das äußerste bedroht ist und die Arbeitergruppen in neues Elend gestürzt werden. So ist infolge der Antarktisbestrebungen des Reichskabinetts der deutsche Lederwarexport nach Dänemark ziemlich lahmgelegt worden. Wie die Fachzeitschrift „Luzus und Bedarf“ mitteilt, wird zur Zeit in Dänemark eine systemvolle, äußerst wirksame Werbung für englische Lederwarenerzeugnisse betrieben. Spezialgeschäfte und Warenhäuser stellen ihre Schaufensterauslagen völlig in den Dienst dieser Propaganda. Es wird der größten Anstrengungen der deutschen Lederwarenindustrie bedürfen, um sich nicht völlig verdrängen zu lassen.

### Anfurbelung von der Konsumseite.

Daß die Bilanz der Papen-Regierung in politischer Hinsicht die denkbar ungünstigste ist, da ihre reaktionäre Politik breiteste Kreise der Bevölkerung mit tiefem Mißtrauen gegen die Staatsführung erfüllt, braucht nicht erst geschildert zu werden. Nicht weniger ungünstig ist jedoch auch die wirtschaftliche Bilanz der Papen-Regierung, deren Pläne zur Anfurbelung der Konjunktur völlig scheiterten. Die geringe Wirtschaftsbelebung, die in der letzten Zeit in Erscheinung trat, hat mit der Papen-Regierung nichts zu tun, da sie die Folge eines Stimmungsumschwungs gewesen war, der infolge einer kleinen Belebung der Weltwirtschaft auch auf die Teile der deutschen Unternehmerschaft überging. Daß die Wirtschaftsbilanz der Papen-Regierung so ungünstig ausfiel, dafür waren außer der verhängnisvollen Handelspolitik der Regierung, die dem Abfall deutscher Waren im Ausland äußerst schädlich war, auch die Tatsache verantwortlich, daß die Anfurbelung überhaupt an dem falschen Ende angepaßt wurde. Gegenwärtig, wo die Anlagen der Industrie nur in ganz geringem Umfang ausgenutzt werden, kann eine Anfurbelungspolitik nur dann Erfolg haben, wenn sie den Konsum anfurbelt, was allein durch Steigerung der Massenkaufrkraft möglich ist. Daß die Massenkaufrkraft sich auf dem Umweg der Produktionsbelebung durch eine neue Anlageneigenschaft, die mit Hilfe von Subventionen aus die Unternehmer hätte erfolgen sollen, erhöhen soll, dafür bestand aus dem oben erwähnten Grunde keine Aussicht. Die Papen-Regierung gab Subventionen den Unternehmern, verordnete und begünstigte Lohnsenkungen und setzte die sozialen Leistungen stark herab, d. h. statt die Massenkaufrkraft zu stärken, hatte sie diese geschwächt. Nur aus der Zusammensetzung dieser Regierung war es erklärlich, daß dieser hoffnungslose Weg eingeschlagen wurde. Soll jetzt an der Schwelle eines furchtbaren Winters die Beschäftigung erhöht werden, so muß mit dieser völlig unfruchtbaren Politik gebrochen werden. Was not tut, ist die Anfurbelung von der Konsumseite aus durch unmittelbare Steigerung der Massenkaufrkraft. Als die Papen-Regierung den Unternehmern Steuererscheine gab, wurde die Frage laut, weshalb nur die Unternehmer Steuererleichterungen für die Zukunft erhalten und nicht auch die Arbeitnehmer, die in ihrer Gesamtheit unergieblicher mehr Steuern zahlen wie die Unternehmer. Man forderte daher Steuererscheine auch auf zukünftige Lohnsteuern, eine Maßnahme, die zwar technisch möglicherweise sehr schwer durchzuführen ist, nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich nützlich gewesen wäre, indem sie zur unmittelbaren Steigerung der Massenkaufrkraft beigetragen hätte. Denkt man aber an die verzweifelte Lage der Arbeitslosen, die vor allem die langfristig Erwerbslosen, auch die alternotwendigsten Bedarfsgegenstände nicht anschaffen können, so drängt sich die Frage auf, ob nicht die Anfurbelung des Konsums am zweckmäßigsten von dieser Seite aus versucht werden müßte. Neben der Wiederherstellung der Arbeitslosenunterstützung auf den Stand vor dem 14. Juni, die unbedingt erforderlich ist, könnte man an eine einmalige Zuwendung an die Arbeitslosen denken, damit diese die dringendsten Anschaffungen machen können. Die Finanzierung dieser einmaligen Zuwendung, die etwa über die Gemeinden, denen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, erfolgen könnte, wäre ebenfalls möglich wie die Finanzierung der Unterstützung an die Unternehmer möglich war, zumal die von vielen nicht in Anspruch genommenen Lohnzuschüsse für diesen Zweck verwendet werden könnten. Auf der gleichen Linie liegen die Anträge der Sozialdemokratischen Partei für eine Winterhilfe an die Arbeitslosen, für

Lieferung von Kohlen, Brot und Fleisch, für deren Finanzierung neben Einrichtung von Staatsmonopolen (Tabak und Erdölmonopol) neben Beilegung ungerechtfertigter Subventionen an Großkapitalisten, Aufhebung des Beihilfungszyklus von Branntwein zum Benzin und andere Maßnahmen Notsteuern der Besitzenden vorgeschlagen wurden. Solche Notsteuern sind um so mehr angebracht, weil, während der Besitz weitgehend geschützt wird, gegenwärtig fast die gesamte Steuerlast des Deutschen Reichs auf den schwachen Schultern der Arbeitnehmer und der Verbraucher ruht.

### Die Lage der Tapezierer in Oesterreich.

Die Umstellung in der Produktion und vor allem die furchtbare Wirtschaftskrise sind auch an unseren österreichischen Kollegen im Tapezierergewerbe nicht spurlos vorübergegangen. Ein Vortrag, den unser Kollege Grolig vor einigen Tagen vor Wiener Tapezierergehilfen gehalten hat, bringt einige aufklärende Zahlen über den derzeitigen Stand der Beschäftigung unserer Kollegen. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nützen die Meister gegen die Gehilfen aus. Sie helfen sich gegenseitig bei vorkommenden Arbeiten und unterbieten die Gehilfenlöhne. Rund 600 Kollegen, das sind rund 60 Proz. aller Wiener Tapezierergehilfen, sind zurzeit arbeitslos. Das größte Kontingent der Arbeitslosen stellen auch hier die jungen Kollegen. Kaum werden sie frei, so werden sie entlassen und bleiben Jahre ohne Verdienst.

### Berichte aus den Verwaltungen

Dresden. Zum Abschluß der diesjährigen Berichtszeit ver sammelte die Dresdener Ortsverwaltung ihre Mitglieder am 30. November im Saal 1 des Dresdener Volkshauses. Nachdem man des Ablebens der Kollegen Mager, Kuchlowsky und Ubricht gedacht hatte, wurden die Ausführungen des Kollegen Blume über Wirtschaftskrise und Gewerkschaften mit größter Aufmerksamkeit angehört.

Ausgangspunkt war die Rundfunkrede des Herrn von Papen am 12. September. Dieser stellte in Aussicht, daß, wenn das Programm der Regierung nicht durchgeführt und damit kein Erfolg erzielt werde, es in Deutschland mit dem freien Unternehmertum zu Ende sei.

Daß die Wirtschaftskrise in Deutschland ein solches Ausmaß angenommen hat, daran ist der Kapitalismus schuld. Wir haben eine ganze Reihe von Industrien, die von Trusten und Kartellen beherrscht werden, wie Stahlindustrie und Bergbau. Unter Ausschaltung der Konkurrenz wird in Deutschland der Preis für mehr als 56 000 Artikel festgesetzt. Überall, wohin wir blicken, nirgends eine Spur von Planwirtschaft, nirgends eine Spur von Bedarfswirtschaft, überall aber eine Aufpeicherung von Produktionsmitteln, die nicht voll ausgenutzt werden können. Die Automobilfabrik von Opel & Co. kann auf 15 000 Arbeiter beschäftigen, beschäftigt wurden höchstens 8, durchschnittlich 3000 bis 4000 Laufende, zum großen Teil wurde noch kurz gearbeitet.

Katastrophen ist in Deutschland der Verbrauch an Lebensmitteln, Kleidung und Wohngegenständen zurückgegangen. Durch Erhöhung der Zölle und einen ungeheuren Lohndruck hat man verlohrt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Das Gegenteil hat man erreicht, Handel und Export ist außerordentlich zurückgegangen, die anderen Länder haben immer mehr Gegenmaßnahmen ergriffen. Geblieben ist eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe. So belief sich der Preis für Roggen im Ausland auf 83 Mk., in Deutschland auf 191 Mk., der Weizen kam in Holland 130 Mk., in Deutschland 213 Mk., für Kaffee wurde bezahlt 88 Mk., in Deutschland 218 Mk., für Eisen 45 Mk., in Deutschland 110 Mk. Der Unstern der Weltwirtschaft wird an einem Beispiel erläutert, an einem Kronenfasenbay in Berlin, der durch den Eisenfall bedeutend verteuert wurde.

Nicht weniger als 1 1/2 Milliarden Mark sind dem Unternehmertum als Steuererlöse entzogen, 700 Millionen sollen als Lohnzuschüsse gezahlt werden. Die Steuerungen auf Grund der Rotverordnung sind großer Unstern. Die kapitalistische Wirtschaft hat gezeigt, daß sie die Verhältnisse nicht meistern kann.

Wir müssen den Forderungen der Gewerkschaften auf Umbau der Wirtschaft in eine Planwirtschaft nachdruck verleihen. Der Lohndruck muß auf jeden Fall verschwinden. Es muß eine Regelung des Kapitalumschlags und der Kapitalauswertung eintreten. Rationismisse wie im vergangenen Jahre mit ihren Folgen eines großen Bankenzusammenbruchs müssen unter allen Umständen verhindert werden. Wir müssen die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzen, um mindestens einen Teil der Arbeitslosen wieder unterzubringen. Der Staat muß in reichem Maße Aufträge vergeben. Die Rohstoffindustrie muß genau so kontrolliert werden, wie wir es von den Bankern zu erwarten haben. Die übermäßigen Gewinne der Bodenpekulation müssen durch Zwangsmaßnahmen unmöglich gemacht, der Preis für Grund und Boden neu geregelt werden. Hört man in den Staat! Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterschaft erkennt, daß dazu eine starke Arbeitnehmerschaft gehört, die unter dem Grundgesetz: „Dem einzelnen nichts, der Allgemeinheit alles!“ dann auch in der Lage sein wird, ihre Forderungen durchzusetzen.

Unter Anführung an die Worte des Kollegen Blume, daß eine starke Organisation notwendig sei, fordert der Kollege Brüdner, sich auf längst erdientene Artikel in der „Dresdener Volkszeitung“ berufend, Bekämpfung der Unternehmerrückfälle. Uns fehlt eine weithin sichtbare Gestalt. Ohne für die Schwarzarbeit einzutreten, hätten wir dazu Gelegenheit gehabt, eine solche weithin sichtbare Gestalt zu machen, nämlich der Verordnung des fälschlichen Ar-

beitsministeriums, durch die auch der Auftraggeber der Schwarzarbeit wegen Hinterziehung von Sozialbeiträgen in Strafe genommen werden soll. Wir hätten darauf hinweisen müssen, daß dann auch die Meister, wenn sie keinen Gehilfen, sondern einen Kollegen von sich beschäftigen, die Sozialbeiträge entrichten sollten.

Kollege Wehlig streift die Isolierung der Regierung Brünning. Wir müssen zu einer Einheitsfront aller Arbeitnehmer kommen, damit wir nicht in Barbarei versinken, damit es aufwärts geht zum Sozialismus.

Kollege Schäfer weist auf die Schwierigkeiten bei der Einführung der 40-Stunden-Woche im Kraftverkehr hin, daß ihre Einführung durch die Beschäftigten erschwert worden ist, daß Betriebe, Eisenbahn, Post, Betriebe der AEG, die hunderte Tausende Beschäftigte zählen, heute noch weit mehr als 40 Stunden arbeiten. Er kritisiert, daß sich die Gewerkschaften zu wenig mit den Fragen der Siedlung beschäftigen. Betreuung und Beratung der Siedler muß in der Politik der Gewerkschaften aufgenommen werden.

Verbeude Worte für die Genossenschaft, sich nicht an Genossenschaftsgedanken irre machen zu lassen, fand Kollege Steuer.

Im Schlusswort ging Kollege Blume ausführlich auf das Siedlungsprogramm der Gewerkschaften, auf die Kämpfe für den Achtstundentag, auf das Arbeitslosengeld von 1927 und dem heutigen Zustand ein. Mit einem Faktor haben wir sehr zu rechnen, mit dem Bergelien. Dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nicht zuviel vergessen, ist unsere Pflicht.

Kollege Böhme berichtet: Die Werbung war nicht erfolglos. Im Oktober wurden 18 Mitglieder, in der ersten Novemberhälfte 13 Mitglieder gewonnen. In der Stichwahl zum erweiterten Vorstand unterlag Kollege Berthold mit 79 Stimmen, die er weniger erhielt als Kollege Diph-Keipig. Die Ortsverwaltung hat alles getan, was zu tun war.

Kollege Müller dankte zum Schluss den Erschienenen, insbesondere den jugendlichen Kollegen, und gab der Hoffnung Ausdruck, sie recht oft bei uns sehen zu dürfen.

Alfred Richter.

Schwerin i. Mecklb., Versammlung am 14. August 1932. Auf der Tagesordnung stand Bericht vom Verbandstag. Der Vorsitzende, Kollege Boldt, begrüßte den Kollegen Lange-Kiel und erteilte ihm das Wort. In seinem Referat gab Lange einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen. Leider mußten infolge der schlechten finanziellen Lage des Verbandes weitere Unterstützungsfürsungen vorgenommen werden. Die Anwartschaft wurde von 32 auf 65 Wochen heraufgesetzt, auch mußten bei der Invalidenversicherung die Beiträge erhöht und die Grundbeiträge heruntergesetzt werden. Die Gehälter der Angestellten wurden um ungefähr 32 Proz. gekürzt. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Verschlechterungen in bezug auf Unterstützung in diesen schlechten Zeiten wohl nicht zu vermeiden wären. An den Gehältern wurde scharfe Kritik geübt und bemängelt, daß dieselben nicht so wie die Löhne der Kollegen gekürzt seien. Dies wurde im Schlusswort vom Kollegen Lange, nicht zur Zufriedenheit der Versammlung, wiederlegt. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Lange im Namen der Filiale für seinen Vortrag.

Anmerkung der Redaktion. Die verzögerte Wiedergabe dieses Berichts rührt daher, daß uns ursprünglich im Anschluß an die Versammlung eine kurze, nur wenige Zeilen enthaltende Mitteilung zugeing, die auch beim besten Willen nicht als Pressemitteilung anzu sprechen war. Der Abrudr dieser Mitteilung wurde abgelehnt und die Verwaltungsstelle Schwerin aufgefordert, nachträglich noch einen Bericht über die Versammlung einzusenden.

### Weiterer Rückgang der Eheschließungen und Geburten.

Die vorläufigen Auszählungen der Bevölkerungsvorgänge ergeben einen weiteren Rückgang der Eheschließungen und Geburten und eine abermalige Abnahme des Geburtenüberschusses trotz verhältnismäßig niedriger Sterblichkeit. Es wurden gezählt:

	Im 2. Vierteljahr 1932	1931
Eheschließungen . . . . .	135 202	146 290
Lebendgeborene . . . . .	249 808	267 147
Totgeborene . . . . .	7 387	8 035
Gestorbene (ohne Totgeborene)	180 103	182 752
Geburtenüberschuß . . . . .	69 705	84 395

Der durch die ungünstige Wirtschaftslage bedingte Ausfall an Eheschließungen, der im ersten Halbjahr 1931, an den Heiratswahrscheinlichkeiten von 1910/11 gemessen, rund 40 000 betrug, hat sich im ersten Halbjahr 1932 auf rund 50 000 erhöht. Insgesamt haben von den Männern, die gegenwärtig im Alter von unter 32 Jahren stehen, bis 1. Juli 1932 250 000 weniger geheiratet, als nach den Heiratswahrscheinlichkeiten für 1910/11 zu erwarten gewesen wäre.

Andererseits zeigt sich aber, daß der tristenhafte Rückgang der Heiratshäufigkeit seit Beginn dieses Jahres beträchtlich nachgelassen hat. Die Zahl der Lebendgeborenen hat gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1931 um 17 300 abgenommen. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden mithin zusammen rund 33 300 weniger geboren als im ersten Halbjahr 1931, rund zwar 511 879 gegenüber 545 187. Auf 1000 Einwohner kamen im zweiten Quartal nur noch 15,4 Lebendgeburten gegenüber 16,5 auf 1000 im zweiten Vierteljahr 1931.

### Rundschau

Neuer Schlichter für die Schlichterbezirke Brandenburg und Schlefien. Der Bezirk ist dem bisherigen Schlichter für den Bezirk Westfalen, Regierungsrat a. D. Dr. Brahn, übertragen worden. Die Diensträume des Schlichters für den Bezirk Brandenburg wurden verlegt nach Berlin W 9, Potsdamer Straße 10, vorn 4 Treppen.

Was verdient ein Reichstagsabgeordneter? Hierüber sind zum Teil die widersprechendsten Gerüchte verbreitet. Jeder Abgeordnete erhält nach Einberufung des Reichstags eine monatliche Aufwandsentschädigung von 600 Mk. und eine Freifahrtkarte, die ihn berechtigt, auf der Reichsbahn die erste Klasse kostenlos zu benutzen. Von seiner Aufwandsentschädigung hat der Abgeordnete einen Teil seiner Fraktion zuzuführen, die hiervon wiederum die Geschäfte der Fraktion, wie das Fraktionsbüro, Fraktionssekretäre usw. unterhält. Außerdem ist es kein Geheimnis, daß die Abgeordneten der linksstehenden Parteien wesentliche Teile ihrer Aufwandsentschädigung ihren Parteiführern zuführen. Ist ein Abgeordneter durch irgendwelche Gründe daran gebindert, an den Vollkungen teilzunehmen, so werden ihm hierfür pro Sitzung 20 Mk. in Anrechnung gebracht.

Der Autobus im Kinderland. Kinder machen gern Besuche, besonders Abzählreime für ihr Spiel. Jungen, die jede Automarke kennen, bringen auch die Technik in ihren Besuchen unter, hier einige Abzählreime beim Spiele moderner Kinder:

- 1 Stückchen Blech, 1 Stückchen Rohr, Fertig is der Brennabor.
- 1 bißel Blech, 1 bißel Lad, Fertig is der Hanomag.
- Oder auch:
- Born a Sad, hint'n a Sad, Fertig is der Hanomag.

Der deutsche Außenhandel im Oktober 1932. Im Oktober haben Einfuhr (398 Millionen Mark) und Ausfuhr (482 Millionen Mark) um den gleichen Betrag von 38 Millionen Mark zugenommen. An der Zunahme der Einfuhr sind sämtliche Warengruppen beteiligt, doch haben die Lebensmittel einen stärkeren Anteil an der Mehreinfuhr als die Rohstoffe, deren Einfuhr um 13 Millionen Mark gestiegen ist. An der Mehrausfuhr sind mit 31 Millionen Mark ausschlaggebend die Fertigwaren beteiligt. In der Ausfuhr haben besonders die nachstehenden Fertigwaren einen vermehrten Absatz gefunden: chemische und pharmazeutische Erzeugnisse einschließlich der Farben und Farbstoffen (+ 9 Millionen Mark), Eisenwaren (+ 7 Millionen Mark), elektrotechnische Erzeugnisse (+ 4 Millionen Mark), Kinderpielzeug, Papierwaren (je + 2 Millionen Mark), Baumwollgewebe, Kupferwaren (je + 1 Million Mark). Zurückgegangen ist unter den Fertigwaren u. a. die Ausfuhr von Kleidung und Wäsche (-2,5 Millionen Mark) und von Werkzeugmaschinen (-2 Millionen Mark).

Die Tschechoslowakei erschwert den Warenaustausch mit Deutschland. Nach einem Abkommen zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung im Juli 1932 war Deutschland seitens der Tschechoslowakei eine wohlwollende Devisen-zuteilung für Geschäfte, die von tschechoslowakischen Importeuren auf der Leipziger Messe abgeschlossen wurden, zugesagt. Die Erwartungen, die deutsche Aussteller und tschechoslowakische Einkäufer während der Leipziger Herbstmesse 1932 auf diese Zusage gesetzt hatten, sind bedauerlicherweise seitens der tschechoslowakischen Regierung nicht erfüllt worden. Diese Einstellung der tschechoslowakischen Regierung berührt uns so merkwürdiger, als man deutscherseits die Verpflichtungen aus dem gleichen Abkommen lokal erfüllt hat.

### Bücherchau

#### UPTON SINCLAIR:

... Es ist tatsächlich nicht zuviel gesagt, wenn man sagt, daß wir uns ein stilles und geistiges Leben neu gestalten wollen, so daß wir endlich damit aufhören, die Ideale unserer Vorfahren zu bewundern. ... Wir wollen einander und unsere Kinder lehren, nützliche Arbeit und soziale Einstellung und Treue zur Sache der Werktätigen zu bewundern."

#### BRIEFE AN EINEN ARBEITER

Ein glänzender Aufsatz über die Rolle des Arbeiters in der kapitalistischen Produktions-Wirtschaft. Organisations-Ausgabe RM. 2,50. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin SW 19

### Bruno Walter 65 Jahre.

Am 14. Dezember feiert der langjährige Kassierer der Ortsverwaltung Görlitz, unser lieber Freund Bruno Walter, seinen 65. Geburtstag. Ebenfalls gern und herzlich, wie wir ihm an diesem Tage unsere Glückwünsche bringen, erinnern wir uns seiner treuen Dienste für die Organisation. Ohne viele Worte zu verlieren, tat er seine Pflicht. Dabei genigte es ihm keineswegs, nur seine Beiträge zu zahlen, sondern schon immer gehörte er zu den Männern, die mehr zu geben bereit sind, als sie empfangen.

Während des Krieges hielt Kollege Walter die organisierten Sattler in Görlitz zusammen, und auch in der Nachkriegszeit und insbesondere auch nach der Verschmelzung sehen wir unseren Freund immer wieder in vorderster Reihe. Weit über die örtlichen Grenzen hinaus wurde er unseren Kollegen bekannt, als er — vom Vertrauen der schlesischen Kollegen getragen — auf den Verbandstagen in Nürnberg, Halle, Offenbach und Hamburg als Delegierter erschien und wirkte.

Treu, ruhig und sachlich hat Kollege Walter der Organisation und insbesondere den Görlitzer Kollegen gedient und auch dann die Nerven nicht verloren, als die Ortsverwaltung beinahe 500 Mitglieder zählte. Wenn es heute etwas weniger sind, ist es sicher nicht seine Schuld; denn wenn er auch als Invalide seinen Arbeitsplatz verlassen mußte, für uns wirkt er mit rastlosem Eifer noch heute, und wir wünschen uns, daß es noch recht lange so bleiben möge und ihm, daß er mit seiner treuen, klugen Weggenossin noch manchen Sonntag sehen und noch recht lange in der Mitte derer verweilen möge, die ihm mit uns zu seinem 65. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche übermitteln.

Die Gauleitung. Die Hauptverwaltung.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 5. Dezember bis zum 11. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

### Gebundene Zeitungen 1932.

Wie alljährlich, so soll auch dieses Mal für die Verwaltungsstellen und sonstigen Interessenten die Verbandszeitung für das verfllossene Jahr gebunden werden. Alle Ortsverwaltungen, die ihre Bestellung auf die gebundene Verbandszeitung noch nicht eingehandelt haben, ersuchen wir, das Veräumte unverzüglich nachzuholen. Der gebundene Jahrgang kostet 3 Mk. Auch ist noch eine Anzahl gebundener Zeitungen älterer Jahrgänge vorhanden und abzugeben. Die Zeitung erscheint am 17. Dezember als Doppelnummer 51/52. Am 24. Dezember kommt keine Zeitung. Da wir in diesem Jahre mit 53 Wochen zu rechnen haben, erscheint die Nummer 53 am 31. Dezember und die Nummer 1 des Jahrgangs 1933 am 7. Januar 1933. Wir bitten dies bei Mitteilungen für den Verbandskalender zu berücksichtigen.

Die Redaktion.

### Verbandskalender

Stettin. Versammlung am 16. Dezember, 7 Uhr, bei Karr. Für Erwerbslose, welche an der Weichnachtsunterstützung teilnehmen wollen, Meldung bis 16. Dezember. Mitgliedsbuch und Stempeltaxe ist vorzulegen. Spätere Meldung wird nicht berücksichtigt. Zahlung am 20. Dezember, von 6 Uhr ab, bei Karr.

Wuppertal - Elberfeld - Batmen - Bohrwinkel. Freitag, den 16. Dezember, findet unsere letzte Vollerfassung statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, dazu reiflos zu erscheinen, weil ein sehr wichtiger Vortrag gehalten wird. — Versammlungsort: Gewerkschaftshaus, Roter Saal. Der Vorstand.

### Sterbetafel.

- Gestorben sind:
- Berlin. Am 23. November der Portefeuller, Kollege Ernst Jahn, im Alter von 84 Jahren nach mehr als dreißigjähriger Mitgliedschaft.
- Dresden. Unser Kollege, der Tapezierer Franz Ryhlo wsky im Alter von 62 Jahren.
- Görlitz. Am 8. November unser Kollege Kurt Richter im Alter von 27 Jahren.
- Offenbach a. M. Am 26. November unser Mitglied, der Portefeuller Johann Ahdreht, 67 Jahre alt, nach 31jähriger Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken!